

## Protokoll

über die öffentliche Landtagssitzung vom 16. August 1941  
Beginn der Sitzung vormittags 10 Uhr nach vorgängigem Fest-  
gottesdienst. Anwesend alle Abgeordnete.

~~XXXXXXXXXX~~

Behandlungsgegenstand: Teuerungszulage für die Beamtenschaft.

Präsident: Wir sollten heute in diesem Gegenstande zum Schlusse kommen. Die Beamtenschaft ist etwas ungeduldig in Erwartung dessen, was geschieht. Der Vorschlag der Regierung geht dahin, es möchte ein bestimmter Kredit, das ist 10% der gesamten Gehaltssumme der Beamtenschaft der Regierung zur Verfügung gestellt werden und dann würde die Regierung schauen, im Einvernehmen mit der Beamtenschaft den Betrag aufgrund eines bestimmten Schlüssels zu verteilen.

Sele: Ich möchte die Gelegenheit benützen, um der Öffentlichkeit den Standpunkt der Arbeiterschaft klarzulegen, weil verschiedene Gerüchte im Lande herumgegangen sind, die der Wahrheit nicht entsprechen. Die Arbeiterschaft ist grundsätzlich nicht <sup>gegen</sup> eine Teuerungszulage, aber sie ist der Auffassung, es sollte mehr auf der Basis einer allgemeinen Familienzulage geschehen. Weil die finanzielle Not besonders in den niederen Klassen der Arbeiterschaft auch gross ist, so sollte ein Weg gesucht werden, dass eine allgemeine Familienzulage geschaffen werden könnte. Zu der Vorlage muss betont werden, dass die heutige Höhe der einzelnen Gehalte, die Zahl der Kinder, die Vermögenshöhe und auch der Nebenverdienst berücksichtigt werden müsste. Ebenso gibt es auch Pensionisten, die scheinbar auch inbegriffen sind. Teilweise haben solche Pensionisten aber noch einen Verdienst.

Präsident: Es wird nun heute eine Zulage für die Familie verlangt, damals aber bei der Lohnerhöhung der Arbeiter wurde eine solche Beihilfe nicht erwähnt, sondern lediglich auf der Lohnerhöhung beharrt. Die Beamtenschaft hat die soziale Berücksichtigung ausgesprochen und beantragt.

Risch: Ich möchte auch betonen, dass den niedrigen Beamten mehr gegeben werden sollte und man sich hier von sozialen Gesichtspunk-



tel leiten lassen sollte. Auch gerade bei den Pensionisten sollte man nicht zu weit gehen. Es hat hier noch solche, die einen direkten Erwerb ausüben und da sollte man etwas zurückhaltend sein.

Reg. Chef: Der Abgeordnete ~~MM~~ Sele hat die Sprache auf den Modus der Aufbesserung gebracht. Ich glaube, wir sollten über dieses Kapitel heute nicht diskutieren. Ich würde nur die grundsätzliche Frage <sup>besprechen</sup> diskutieren, ob man 10% der gesamten Gehaltssumme bewilligen will oder nicht. Wenn der Landtag es wünscht, ~~das~~, dass der Landtag die Form der Zulage an alle Beamte diskutieren ~~will~~, so können wir eine andere Sitzung halten. Ich glaube, die meisten haben Bedenken gehabt wegen der Bedeckung. Wenn auch die finanzielle Lage des Landes seit Kriegsbeginn etwas gefährdet ist, so glauben ~~MM~~ wir doch, dass diese Zulage für die Staatsbeamten absolut erträglich ist. Der Staatshaushalt kommt deswegen nicht in Unordnung. Ich möchte daran erinnern, dass wir in den letzten Hunderttausende von Franken verausgabt haben und nie um die Bedeckung sich gekümmert haben. Wenn die Regierung erklärt hat, dass es möglich sei, das und das zu machen, hat der Landtag diesen Anträgen jeweils stattgegeben. Hat die Regierung gefunden, dass finanzielle Einsparungen notwendig sind, so hat sie von sich aus solche Anträge gestellt. Es ist eine gewisse Vertrauensfrage. Wenn die Regierung erklärt, es ist vertraglich, so glaube ich, dass die Herren Abgeordneten dem Ersuchen stattgeben können, sofern die Notwendigkeit nicht angezweifelt wird. Wir haben in den letzten Jahren das Parlament sehr wenig mit finanziellen Fragen belastigt und wir sind über die Schwierigkeiten hinweggekommen und ich bin überzeugt, dass diese Ausgabe von ca. 40,000 Franken unseren Staatshaushalt nicht in Unordnung bringen. Man kann nicht immer nach der Bedeckung fragen. Es müssen oft die Mittel antizipiert werden. Wir haben das oft machen müssen und wir haben uns nicht getäuscht darin. Ich möchte deshalb empfehlen, dass man dem Gesuche für 1941 grundsätzlich stattgibt.

Kindle: Ich möchte die Regierung anfragen, ob es nicht möglich wäre, eine Vorlage auszuarbeiten, dass man das Problem der Kinderzulage für das gesamte Volk Liechtensteins regeln könnte.

Dr. Vogt: Man hätte können, diesem Problem nahe treten, wenn man nicht



die 20%ige Lohnerhöhung bei der Arbeiterschaft nicht zum vorne-  
 herein beschlossen hätte. Nachdem wir das gegeben haben, ist es  
 derzeit unmöglich, an eine allgemeine Regelung des Familienlohnes  
 heranzutreten. Wir müssten eine Verdoppelung der Steuern aus Einkom-  
 men und Vermögen einführen, wenn das gemacht werden soll. Es kann  
 aber sein, dass wir die Erhöhung dieser Steuern zur Bestreitung des  
 ordentlichen Staatshaushaltes benötigen und infolgedessen dürfen  
 wir die letzten Reserven nicht für eine Kinderzulage verwenden.

Dr. Schädler: Die Teuerung ist da, das ist unbestritten, ebenso unbe-  
 stritten ist die Begründetheit. Die Schwierigkeit ist die Bedeckung.  
 Der Landtag hat seinerzeit beschlossen, die Regierung möchte einen  
 Bedeckungsvorschlag an den Landtag bringen. Dieser fehlt aber heute  
 noch. Der Reg. Chef erklärt zwar, dass es doch möglich sei. Die Ver-  
 hältnisse von damals und heute sind aber ganz andere. Heute sind  
 viele dieser Finanzquellen nicht mehr erschliessbar. Umsomehr muss  
 heute darauf geachtet werden, dass die Bedeckung da ist. Vermutlich  
 würden so bei den wirtschaftlich wichtigen Projekten wie der Esche,  
 dem Scheidgaren, dem Kanal etc. Einsparungen gemacht werden. Diese  
 Probleme gehen aber das Gesamtwohl an und hier Einsparungen zu  
 machen, geht in der heutigen Zeit umso weniger an. Der Landtag hat  
 von der Regierung erwarten dürfen, dass ein Bedeckungsvorschlag  
 da ist. Nachdem ein solcher nicht gemacht worden ist, so muss ange-  
 nommen werden, dass ihr ein solcher äusserst schwer fallen muss.  
 Aus diesem Grunde habe ich den Vorbehalt angeschlossen. Nicht deshalb,  
 weil ich es den Beamten nicht gönne. Im Gegenteil, sie sollen nicht  
 mehr in die Verhältnisse des letzten Weltkrieges hineinschlittern.  
 Aber es ist Pflicht der Regierung, wie eine Bedeckung ohne Schmäle-  
 rung des ordentlichen Budgets möglich ist. Ich meinerseits kann auf  
 Grund der Finanzlage nicht ohne weiter zustimmen, dass die Teuerungs-  
 zulage auf dieser Basis beschlossen wird. Ich kann meine Stimme nicht  
 geben oder höchstens mit dem Vorbehalt, dass die Bedeckung vorhanden  
 ist.

Präsident: Ich glaube, Dr. Schädler hat seinerzeit gesagt, es ginge, wenn  
 aus einer Uebereinnahme die Bedeckung da wäre. Wenn das stimmt ( Dr.  
 Schädler verneint dies), so kann ich sagen, dass die Posteinnahmen he-  
 ranzuziehen wären. Es ist hier bei den Posteinnahmen ein schöner



Betrag über die budgetierte Summe vorhanden und die Bedeckung des Kredites könnte für heuer auf den Posteinnahmen erfolgen und ich bin in der Lage zu versichern, dass dies möglich wäre.

Dr. Schädler: Ich möchte darauf hinweisen, dass ich meine Bedenken in dieser Form nicht vollkommen frei bekomme. Das nächste Jahr wird die Teuerungszulage ebenso akut sein wie heuer. Es sollte eine Bedeckung da sein, die sich auch das nächste Jahr auswirken wird.

Kindle: Nach Erklärung der Regierung ist es unmöglich, dass man heute an eine Familienzulage denken kann. Ich kann nicht verstehen, dass aus diesen vorhandenen knappen Mitteln die Beamtenschaft unterstützt werden soll. Ich glaube, wir brauchen das Geld für notwendige Sachen, wie Dr. Schädler erwähnt hat. Es sind bei den Beamten wenige unter Frs. 3000.- Gehalt und der mittlere Arbeiter kommt unter Frs. 2000 zu stehen. Ich bin dagegen, dass man den Beamten eine Kinderzulage geben will und den Arbeitern nicht.

Präsident: Als eine Unterstützung ist dies wohl nicht gedacht. Es würde der Regierung in Vereinbarung mit der Beamtenschaft freigestellt, wie es verteilt würde. Der Landtag würde nicht zum vornehmsten beschliessen, dass es im Sinne einer Familienzulage geschehen muss. Damals bei der Lohnerhöhung der Arbeiter wurde dieser Vorschlag nicht gemacht und es ist deshalb dieser Vorschlag nicht diskutiert worden. Die Beamtenschaft macht nun diesen Vorschlag.

Es wurde angezogen, dass der Beamte mehr verdient als der Arbeiter. Es muss betont werden, wenn wir Arbeiter einstellen für den Kanal, so liegt hier eine geringere Verantwortung und auch geringere Voraussetzung vor. Ich glaube, das System, dass jeder ohne weiteres fähig ist, eine Beamtung zu versehen, diese Behauptung muss in Abrede gestellt werden und deshalb ist auch die Bezahlung eine andere.

Kindle: Es ist klar, dass der Beamte eine Verantwortung tragen muss, dafür aber hat er immer mehr Gehalt als der Arbeiter gehabt. Man sagt heute immer, jeder müsse Opfer bringen und so muss die Beamtenschaft eben auch Opfer bringen.

Brunhart Heinr.: Ich wünsche ausdrücklich eine allgemeine Kinderzulage. Eonem Bäuerlein, das noch Schulden hat und viele Kinder hat, gehört auch eine Kinderzulage



Dr. Schädler: Ich möchte die Debatte doch in etwas konkretere Bahnen lenken und stelle den Antrag, dass den Beamten für das Jahr 1941 ein Kredit von Frs. 25,000.- für eine Teuerungszulage bewilligt wird unter der Voraussetzung, dass die Regierung dem Landtage eine hinreichende Bedeckung einbringt. Ich glaube, dass es hinreicht, wenn die Zulage erst ab 1. Juli 1941 gewährt wird. Die Teuerung ist eine allgemeine und betrifft alle. Wenn die Beamten bis 1. Juli das Opfer gebracht haben, so halte ich das für tragbar, wenn man dieselben Opfer anderen auch zumutet. Ich möchte nicht haben, dass in Ermangelung der Bedeckung wichtige Arbeiten eingestellt ~~man muss~~ oder eingeschränkt werden müssen.

Präsident: Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Schweiz die Kredite für das ganze Jahr 1941 gewährt worden sind. Es wäre dann eine Bereinigung der Regierung mit der Beamtenschaft. Es wird betont, dass andere Arbeiten nicht geschmälert werden dürfen. Wenn wir von diesem Gesichtspunkte ausgehen, so werden wir uns eines Tages überlegen müssen, ob wir überhaupt noch Beamte haben dürfen. So kommen wir in ein Dilemma hinein, wo eines Tages die Frage des Beamtenabbaues auftaucht. Bis jetzt sind die Arbeiten am Kanal und sonst programmässig verlaufen, ja man ist sogar etwas dem Programmässigen voraus. Ich möchte ein Fragezeichen zu dem Satz machen, zuerst kommen die landeswichtigen Arbeiten und dann die Löhne der Beamtenschaft.

Bühler: Dass die Teuerung da ist, kann wohl nicht bestritten werden.

Dr. Schädler hat Bedenken wegen der ~~Manung~~ Finanzierung. Ich möchte darauf hinweisen, dass solange ich hier bin, <sup>dieses</sup> ~~dieses~~ Kapitel das <sup>erste</sup> ~~erste~~ erstmal aufgegriffen worden ist. Wir haben diesbezüglich der Regierung immer grosses Vertrauen entgegengebracht. Wir haben auch keinen Grund, diesbezüglich der Regierung heute Misstrauen entgegenzubringen. Die Erklärung der Regierung von heute genügt mir. Solche Erklärungen der Regierung haben uns bisan nicht getauscht. Ich habe deshalb keine Bedenken und möchte deshalb die Annahme der Vorlage empfehlen und <sup>man</sup> ~~man~~ sich über das Kapitel Bedeckung sich befriedigt erklärt, wenn die Regierung erklärt, dass keine Unordnung eintrete.

Dr. Schädler: Es wird eingewendet, dass es etwas Neues sei, wenn die Bedeckung verlangt werde. Ich muss aber darauf hinweisen, dass die Verhältnisse von früher und heute ganz andere sind. Ich habe die Be-



deckung verlangt, weil eben veränderte Verhältnisse aufgetreten sind und man die Veränderung der Verhältnisse auch sieht. Man hat die Arbeiten am Kanal aus einer Notwendigkeit heraus abgebremst. Es ist bedauerlich, dass wir eine Bedeckung verlangen müssen. Mir liegt daran, dass eben die landeswichtigen Arbeiten nicht stecken bleiben und ich halte es für möglich, dass eine Bedeckung möglich ist, wenn man es ernsthaft in die Hand nimmt. Entweder Einstellung der Amortisationen oder Aufnahme einer Anleihe.

Reg. Chef: Wir haben die Bewilligung bekommen, eine Millionenanleihe aufzunehmen und man hat damals die Einstellung der Amortisationen erwogen. Die Vorarbeiten sind getroffen worden, dann aber sind zwei andere Geschäfte im Bereiche der Möglichkeiten gelegen. Wir haben infolgedessen die Anleihe nicht weiter betrieben und auch die Einstellung der Amortisationen nicht weiter verfolgt und zwar ganz bewusst. Wenn eines Tages die Notwendigkeit der Aufnahme einer Anleihe besteht, so dürfen wir nicht vorher die Amortisationen einstellen, sonst bekommt man nachher kein Geld mehr. Wir haben die dringenden Aufgaben gelöst und die Zukunft wird zeigen, dass wir bisan in dieser Hinsicht richtig gehandelt haben. Ich würde auf den Antrag Dr. Schädlers eingehen und einstweilen diese 25,000 Fr. ausschütten und wir werden einen Bedeckungsvorschlag einbringen.

Risch: Ich anerkenne, dass die Lage der Arbeiterschaft nicht rosig ist, aber ein Zusammenhängen beider Sachen kann es nicht geben. Ich bin auch der Meinung, dass die lebenswichtigen Landesarbeiten nicht geschmälert werden dürfen durch diesen Kredit, aber wie man hört, geht das ohne weiters in Ordnung vorwärts und die Bedeckung ist ja gegeben.

Bühler: Die Arbeiterschaft hat immer für das Entgegenkommen der Regierung gedankt und es scheint mir von Seite der Arbeiterschaft nicht opportun, heute wieder Forderungen zu stellen. Ich bin überzeugt, dass man auch in Zukunft keinen anderen Standpunkt gegenüber der Arbeiterschaft einnehmen wird. Dr. Schädler hat erklärt, dass die Verhältnisse verschieden seien, aber ich muss bemerken, dass die Personen, die solche Versicherungen abgeben, heute noch die gleichen sind. Ich möchte daher den Herren der Regierung inbezug auf Leistungen



das vollste Vertrauen aussprechen. Es herrscht doch die allgemeine Auffassung, dass etwas geschehen muss und ich möchte bitten, dass man zu einer Lösung kommt. Der Betrag von Frs. 25,000 kommt mir etwas bescheiden vor. Ich möchte ersuchen, auf mindestens 30,000 Fr. zu gehen.

Eberle: Betreffend Einschränkung von Arbeiten im heurigen Sommer ist zu sagen, dass dies auf Wunsch der Arbeiterschaft geschehen ist. Ich hoffe, wenn die Arbeiterschaft wieder einmal wegen Lohnerhöhung an die Regierung herantritt, dass man ihr wieder so entgegenkommt.

Dr. Schädler: Bühler behauptet, dass die Regierungsmänner die gleichen seien. Ich muss aber betonen, dass diese eben keine Zauberer sind. Zur Ueberbrückung der nächsten drei Jahre sollte eine Bedeckung geschafften sein. Wenn schon Optimismus herrscht, so sollte es auch möglich sein, die Bedeckung zu finden. Diese wäre mir wertvoller, als ein Uebererlös aus Marken. Eine Bedeckung würde sich für die nächsten Jahre auswirken und so wäre die Teuerungszulage für das nächste Jahr wieder gesichert.

Präsident: Ich würde die Modalität nicht aussprechen. Ich möchte den Antrag Büblers unterstützen auf eine Erhöhung von 30-35,000.

Dr. Schädler: Ich meine bloss, dass man das Opfer der Beamtenschaft zumuten darf für das halbe Jahr 1941, wie sie die Bevölkerung tragen muss. Ich sehe nicht ein, warum man sich gegen die Bedeckung wehrt.

Reg. Chef: Ich bitte die Herren Abgeordneten, auch uns zu glauben, wir haben bei der Regierung doch ein Interesse, mit Vorsicht zu wirtschaften. Wir gehen doch nicht so leichtsinnig darüber hinweg. Die Herren Abgeordneten haben keine Ursache päpstlicher zu sein als der Papst. Im Einzelfalle eine Bedeckung zu ver~~langen~~<sup>schaffen</sup>, finde ich lächerlich und gar nicht möglich. Unser ganzes Finanzprogramm muss grosszügiger gemacht werden. Ich würde mich anheischig machen, in einer Viertelstunde die 40,000 Franken zu haben, dann hätten wir die 40,000 Franken. Wir müssen doch das ganze Finanzprogramm des Landes von grösseren Gesichtspunkten leiten lassen..

Dr. Schädler: Es ist mir unverständlich, dass die Bedeckung eine lächerliche Sache sein soll.



Präsident lässt sodann abstimmen über die erfolgten Anträge:

1. Antrag der Beamtenschaft auf Gewährung eines Kredites von ca. Frs. 40,000.- Keine Stimme dafür
2. Antrag Dr. Schädler's: Gewährung eines Kredites von Frs. 25,000 für das 2. Halbjahr 1941 unter der Vorraussetzung, dass die Bedeckung vorhanden ist d. h. die Auszahlung kann erst nach Vorlage der Beedeckung erfolgen: 4 Stimmen dafür.
3. Antrag: Es wird der Regierung ein Kredit von Fr. 30,000 zur Verfügung gestellt, wobei die Regierung im Einvernehmen mit der Beamtenschaft die Verteilung vornimmt, wobei die sozialen Verhältnisse besondere Berücksichtigung finden sollen, wird mit 9 Stimmen angenommen.

Schluss der Sitzung 11 Uhr.